

Programm der Partei sozial gerechter Demokratie – PsgD –

Außenpolitik

- Europäische Union und Erweiterung
- Globalisierung
- Hunger und Armut
- Kriege und Krisen
- Terrorismus

Bildungspolitik

- ◇ Schule und Lehre
- ◇ Studium und Erwachsenenbildung

Ethik und Moral

- ◇ Gesellschaftsethik
- ◇ Politische Moral
- ◇ Wirtschaftsmoral

Innenpolitik

- ◇ Behörden
- ◇ Sicherheit

- ◇ Zuwanderung und Asyl

Justizpolitik

- ◇ BTMG und Beschaffungskriminalität
- ◇ Strafgesetze und Vollzug
- ◇ Verwaltungsrecht
- ◇ Zivilrecht

2

Kulturpolitik

- ◇ Bildende Künste
- ◇ Medien
- ◇ Musik
- ◇ Theater

Sozialpolitik Finanzierung Leistungen Einsparungen

- ◇ Arbeitslosigkeit
- ◇ Gesundheit
- ◇ Renten
- ◇ Sozialhilfe

Tier- und Umweltschutz

- ◇ Atomenergie
- ◇ Energiegewinnung und Einsparung
- ◇ Gentechnik
- ◇ Gewässerschutz
- ◇ Luftverschmutzung
- ◇ Müll- und Abfallwirtschaft
- ◇ Naturschutz
- ◇ Tierhaltung

- ◇ Tierversuche

Verkehrspolitik

- ◇ Güterverkehr
- ◇ Individualverkehr
- ◇ Öffentlicher Personenverkehr

Wirtschaftspolitik

- ◇ Arbeitspolitik
- ◇ Privatisierungen
- ◇ Staatsverschuldung
- ◇ Steuern und Abgaben
- ◇ Steuerverschwendung
- ◇ Subventionen
- ◇ Zölle

2

Außenpolitik

– Europäische Union und Erweiterung

Die PsgD versteht die EU als Werte- und Handelsgemeinschaft und nicht als Zusammenschluß von Staaten, die sich zufällig in dem geographischen Gebiet befindet, das sich Europa nennt.

Die EU ist auch keine Religionsgemeinschaft.

Daher sollten alle Staaten der EU beitreten können, die gewisse Anforderungen erfüllen. Dazu zählen u.a. Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, westliche Wertevorstellungen wie z.B. Monogamie, eine gewisse Wirtschaftskraft und nicht zuletzt eine positive Umwelt- und Friedenspolitik.

Die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten muß endlich funktionieren. Besonders auf Geheimdienst-, Polizei- und Justizebene.

Die Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht hat endlich zügig zu erfolgen, wobei zu prüfen ist, ob die Vielzahl von Gesetzen und Regularien wirklich notwendig ist.

Nur eine wirtschaftlich und politisch starke EU kann ein Gegengewicht zur USA, und in Zukunft auch China, bilden.

– Globalisierung

Nachdem die Globalisierung nicht mehr mit vernünftigen Mitteln aufzuhalten ist, ist es müßig, über das Pro und Kontra zu diskutieren.

Wir sind vielmehr gefragt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Globalisierung sozial verträglich gestalten.

Keinesfalls dürfen wir die Chancen verspielen, die die Globalisierung bezüglich Menschenrechte, Demokratie, Umweltschutzes und Weltfriedens uns bietet.

– Hunger und Armut

Nicht nur bei uns, sondern in allen Staaten, stellen Hunger und Armut ein erhebliches Gefahrenpotential für den Frieden dar.

Viele bewaffnete Konflikte und ethnische Säuberungen, besonders in der 3. Welt, sind in einer eklatanten Unterversorgung der Bevölkerung begründet.

Die Folgekosten für uns z.B. durch den Einsatz von UN-Friedenstruppen und Hilfe zum Wiederaufbau sind riesig.

Es ist unser ureigenes Interesse, Hunger und Armut durch geeignete Entwicklungshilfe weltweit zu bekämpfen!

– Kriege und Krisen

Die PsgD ächtet jegliche bewaffnete Auseinandersetzung, erkennt aber das Recht auf Notwehr an und bekennt sich zur Pflicht zur Nothilfe.

Massenvertreibung, Völkermord und ethnische Säuberung kann und darf eine soziale und demokratische Gesellschaft nicht tatenlos hinnehmen, und zwar unabhängig von wirtschaftlichen Interessen.

Nachdem diesen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen praktisch immer eine Krise vorangeht, ist es Aufgabe der Politik, diese zu erkennen und, falls notwendig auch unter Androhung militärischer Gewalt, die Eskalation zu verhindern.

Keinesfalls darf es vorkommen, daß (wie z.B. auf dem Balkan) erst hunderttausende unschuldiger Zivilisten sterben müssen, bevor sich UN oder EU zum Eingreifen bequemen.

Schnelligkeit ist auch deswegen besonders von Nöten, damit der Aggressor keine vollendeten Tatsachen schaffen kann.

Schon die Drohung mit einem scharfen Schwert schnell und massiv einzugreifen, wird Schlimmeres verhindern.

Unabhängig vom Verhalten der Konfliktparteien haben sich die eingreifenden Mächte und Streitkräfte an die von den anderen geforderten Regeln (Genfer Konvention, Menschenrechte, Ethik und Moral) zu halten.

Ein selbstgefälliges Auftreten wie z.B. der USA im Irak ist auf das Schärfste zu verurteilen und zu unterbinden.

Die konsequente Fortsetzung dieser Gedanken auch auf zwischenstaatliche Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen verbunden mit wirtschaftlichen Anreizen, könnte sogar den Aufbau von Armeen in Entwicklungsländern verhindern.

– Terrorismus

Daß es gegen Terroranschläge keine wirklich wirksamen Mittel gibt, hat die Vergangenheit hinreichend

bewiesen. IRA und ETA haben Europa vorgeführt, Russland und Japan bekamen es vor Augen geführt, Israel bekommt es fast täglich zu spüren, obwohl Israel unter Mißachtung aller Konventionen und mit aller Härte dagegen vorgeht und auch die unantastbare Supermacht USA hatte gegen den Terror keine Chance.

In hektischer Hilflosigkeit werden Anti-Terror-Gesetze erlassen, die unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushöhlen. Wir führen Kriege (Afghanistan, Irak), deren Folgen in keinster Weise absehbar sind, es wird gefoltert, gebrandschatzt und gemordet, von Regierungsseite gelogen und betrogen. Mit welchem Erfolg? Die Anzahl der internationalen Terroranschläge ist weiter gestiegen!

Mit millionenschweren Belohnungen versuchen die USA Terroranführer habhaft zu werden. Doch wie verhindern die USA, daß mit den ausgezahlten Belohnungen der Terror finanziert wird? Und zahlen sie die versprochene Belohnung nicht aus, haben sie dann nicht schon wieder neue Terroristen gezüchtet?

Die einzigste Lösungsmöglichkeit besteht darin, den Terroristen die Motivation für ihre Taten zu nehmen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß diese in der Bevölkerung keinen Rückhalt mehr finden.

2

Somit stellt sich die Frage: Wodurch werden Terroristen motiviert und warum finden sie Rückhalt in der Bevölkerung?

Versetzt man sich in die Denkweise eines Terroristen, so findet der Terrorist an seiner Tat nichts Verwerfliches. Ganz im Gegenteil, für ihn ist sein Anschlag ehrenhaft; er verfolgt für ihn moralisch hochstehende Ziele, die er glaubt, anders nicht erreichen zu können.

Die Opfer des Anschlages sind für den Terroristen Kollateral-Schäden, ein Begriff, den wir auch dann in den Nachrichten hören, wenn eine Rakete der USA mal wieder irrtümlich ein Wohnhaus getroffen hat.

Und der Terrorist steht mit seiner Meinung nicht alleine. Er wird von weiten Teilen seines Volkes zum Helden stilisiert. Das Volk teilt sein politisches Ziel.

Allzu oft wird uns weisgemacht, der Terrorist handele nur aufgrund von Gehirnwäsche und religiösem Fanatismus.

Das mag unterstützend dazu beitragen, ist aber nicht Kernpunkt der Motivation. Kernpunkt ist, daß der Terrorist aus Gründen der Ehre, der Armut, der Ausbeutung, der Unterdrückung mit dem Rücken an der Wand steht.

Dabei kommt es gar nicht darauf an, ob das objektiv so ist. Ausschlaggebend ist, daß er es so fühlt.

Das einzige Mittel, den Terror zu besiegen, ist Toleranz. Benehmt Euch wie Gäste, auch wenn Ihr Besetzer seid, achtet die Ehre, Sitten und Gebräuche der Volksgruppen und macht faire Wirtschaftsverträge. Dann, und nur dann, wird der Terror besiegt. Schnell, effizient und kosten- günstig!

Bildungspolitik

Unsere heutige Bildungspolitik ist viel zu sehr auf die Vermittlung von abfragbarem Wissen ausgerichtet. In unserer Informationsgesellschaft ist jedoch abfragbares Wissen im Überfluß vorhanden und leicht zugänglich (z.B. Internet).

Im Vordergrund müßte vielmehr das Erkennen von Zusammenhängen, Problemen und das Entwickeln von Lösungsmöglichkeiten stehen. Logisches Denken und die Übertragung von Handwerkszeugen auf andere Fragestellungen muß gefördert werden und ganz besonders wichtig: Bildung ist ein Grundrecht, Bildung muß kostenfrei und für jeden, unabhängig von Stand und Wohlstand, für jeden gleichmäßig, zugänglich sein!

Daß in diesem Zusammenhang die heutige Ausbildung unserer Lehrer (Leerer?) an der Aufgabenstellung vorbeigeht, muß geändert werden.

– Schule und Lehre

Neben der Vermittlung von Wissen sollten Schule und Lehrer unsere Kinder und Jugendlichen für das Leben fit machen.

Viel dazu Notwendiges wird nicht oder nur unzureichend vermittelt. Dazu zählt z.B. das Erlernen einer Streitkultur, der richtige Umgang mit eigenen und fremden Aggressionen, Möglichkeiten der Streßbewältigung, der Umgang mit Rückschlägen und ganz besonders die Entwicklung einer eigenen, stabilen Persönlichkeit.

2

Daß wir es uns leisten, unsere wichtigste Zukunftsinvestition, die Erziehung der Kinder, nicht (Gymnasium) oder nur unzureichend zu unterrichten, ist ein schlimmer Fehler.

Die konsequente Erziehung unserer Kinder, hin auf ein angepasstes Verhalten gerichtet, macht es der Schule, später dem Staat und den Betrieben, bequem. Denn so werden leicht zu leitende Untertanen erzeugt.

Auf längere Sicht gesehen ist angepasstes Verhalten absolut kontraproduktiv. Denn wenn alle in gleichen Denkschemata denken, wird es keine wirklich unterschiedlichen Ergebnisse bringen. Erst Querdenken und individuelle Denkmechanismen bringen innovative und zukunftssträchtige Lösungen.

Die Staatsgemeinschaft braucht keine Untertanen, sie braucht mündige Bürger. Doch da beginnen die Schwierigkeiten: unser Staat müßte sich dann als Dienstleister für seine Bürger verstehen, unsere

Vorgesetzten wären der ständigen Kontrolle durch ihre Weisungsempfänger unterworfen. Das brächte Deutschland voran, doch etliche Stühle ins Wanken!

– Studium und Erwachsenenbildung

Bildung darf nicht unter Kostengesichtspunkten gesehen werden, sondern als Investition.

Daher sind Universitäten großzügig mit Mitteln auszustatten, natürlich auch von der Wirtschaft.

Eliten bilden sich durch elitäre Leistungen, nicht durch Verordnung.

Daher ist der Versuch unserer jetzigen Politik von vorn herein zum Scheitern verurteilt, Eliteuniversitäten künstlich ins Leben zu rufen.

Nur ein fairer Wettbewerb unter den Hochschulen und natürlich auch umgekehrt unter den Studenten um die Hochschulen ist in der Lage, hochqualifizierte Ausbildung und Forschung zu bewerkstelligen.

Ethik und Moral

• Gesellschaftsethik

Seit geraumer Zeit lassen sich zunehmend Entwicklungen beobachten, die einer positiven, zukunftssträchtigen Gesellschaft zuwiderlaufen.

Mobbing, fehlende Hilfsbereitschaft, Egoismus, Wortbruch, Vandalismus und nicht zuletzt eine steigende Suizidrate sind sichtbarer Ausdruck der Fehlentwicklung.

Ganz zu schweigen von Zunahme der Gewalt, auch unter Kindern und Jugendlichen.

Gründe dafür sind bestimmt auch in Perspektivlosigkeit, Zukunftsangst, fehlenden Vorbildern und ungeeigneten Wertvorstellungen zu suchen.

Als Lösungsansätze bieten sich an:

- Druck aus der Gesellschaft herausnehmen, z.B. durch Rücknahme von Überregularien zugunsten mehr Eigenverantwortlichkeit
- Sicherheit bieten durch Einführung des Bürgergeldes
- Vorbilder schaffen durch Umsetzung von Anstand und Moral bei Führungskräften in Politik und Wirtschaft
- Fehlentwicklungen durch Änderung der schulischen Lehrpläne schon bei Kindern vorbeugen

2

– Politische Moral

Parteifunktionäre, Abgeordnete, Bürgermeister und Minister, Kanzler und nicht zuletzt auch Beamte sind die Führungskräfte in unserem Staatssystem. Kraft Gesetz oder Verordnung ist diesem Führungskreis erhebliche Macht in die Hände gegeben worden. Diese Macht–Rechte bedingen natürlich auch erhebliche Pflichten. Pflichten, auf die wir Bürger einen moralisch–soziologischen Anspruch haben.

Neben einer herausragenden fachlichen Kompetenz sind an Führungskräfte höchste moralische Anforderungen im Sinn einer modernen, aufgeklärten Gesellschaft zu stellen.

Moral im politischen Sinn bedeutet Ehrlichkeit, Gesetzestreue, Pflichtbewußtsein besonders den Bürgern gegenüber, Treue dem Mandat gegenüber.

Entgegen der bisherigen Praxis, Straftaten von Prominenten mit geringerem Strafmaß zu ahnden, fordern wir eine Ahndung am obersten Strafraumen.

Besonders verwerflich sind Steuerhinterziehungen, Begünstigungen, aktive und passive Bestechung, Untreue und eigene Bereicherung bei Personen mit Vorbildfunktion.

Öffentliche, bewußte Falschaussage (die Renten sind sicher) sowie die Zuarbeit (z.B. durch Verfälschung von Statistiken) müssen endlich einen schweren Straftatbestand darstellen und entsprechend geahndet werden.

– Wirtschaftsmoral

Im Gegensatz zur Moral in der Politik gestaltet sich Moral und Ethik im Wirtschaftsleben wesentlich differenzierter.

Während Politiker letztendlich nur den Bürgern verpflichtet sind, sind die Wirtschaftler den Bürgern im Allgemeinen (z.B. Umweltschutz), ihren Arbeitnehmern (Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne), ihrem

Unternehmen und den Aktionären verpflichtet.

Langfristig gesehen stellen diese Verpflichtungen in keinster Weise einen Widerspruch dar. Erst bei kurzsichtiger Firmenpolitik treten Interessenkonflikte auf. Und die werden um so größer, je kurzsichtiger die Denkweise wird.

Innenpolitik

Seitens des Staatsapparates ist ein Umdenken bitter notwendig. Seit Jahren kaschieren unsere Innenpolitiker behördliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen durch eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und, noch viel schlimmer, durch Einschränkungen von Bürger- und Menschenrechten.

Politiker, Beamte und die Verwaltung im Allgemeinen müssen endlich begreifen, daß wir Bürger nicht länger ihre Untertanen sind.

Wir Bürger bezahlen für unsere Verwaltung; Politiker und Beamte sind unsere Angestellten.

Das ist das Staatsverständnis der PsgD.

Fehlentwicklungen ist durch eine Korrektur der Rahmenbedingungen entgegenzuwirken, nicht durch Makulatur, Lügen und Unterdrückung.

2

– Behörden

Der gesamte Behörden-Dschungel mit sämtlichen Gesetzen und Verordnungen bedarf einer gründlichen Durchforstung: auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene.

Die Behörden sollten schlanker und effizienter werden. Kostensenkungen durch ein sinnvolles Einkaufsmanagement, verstärkte Einbindung von EDV und Internet und durchdachte Betriebsabläufe sichern Kosteneinsparung bei gleichzeitiger Steigerung der Service-Bereitschaft.

Bei der Ausstattung der Behörden ist Repräsentation fehl am Platz. Sie sollen nicht spartanisch eingerichtet sein, die Designerlampe z.B. ist aber übertrieben.

– Sicherheit

Nachdem eine Erhöhung der Sicherheit in der Mehrzahl aller Fälle mit einer Einschränkung von persönlichen Freiheiten einhergeht, ist beim Thema Sicherheit nicht nur ein besonders sensibles Vorgehen gefragt. Insbesondere sind auch philosophische und ethische Gesichtspunkte zu beachten.

Doch wie ist der richtige Mittelweg zu finden? Einen Lösungsansatz bietet die Übersetzung Sicherheit in Angstfreiheit.

Denn angstfrei kann nur jemand sein, wenn ausgewogene Rahmenbedingungen vorhanden sind.

Verbrechensprävention durch eine Verschärfung der Gesetze und eine Verstärkung der Überwachung ist der falsche Weg. Das lehren uns jedenfalls die Erfahrungen mit Stasi und SS.

Eine starke Steigerung der Aufklärungsquote bei gleichzeitiger Rücknahme der Überwachung wäre wohl eindeutig der bessere Weg.

Die Errichtung einer sicher verschlüsselten Gendatei auf möglichst breiter Basis würde sich dabei als sehr hilfreich erweisen. Dabei muß aber absolut sichergestellt sein, daß nur vom Gen auf die Datei, nicht jedoch von der Datei auf das Erbgut geschlossen werden kann.

Im Sinne einer rahmenbedingungsorientierten Politik gehören die Themen Terrorismus, Wirtschafts-, Beschaffungskriminalität und Vandalismus etc. in andere Themenbereiche.

– Zuwanderung und Asyl

Die Einführung eines Bürgergeldes verschärft oberflächlich betrachtet die Zuwanderungs- und Asylproblematik.

Dabei ist zunächst einmal festzustellen, daß die Notwendigkeit der Asylgewährung eigentlich in den Themenbereich Außenpolitik fällt. denn wenn in den Fluchtstaaten die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Ordnung wären, gäbe es keine Gründe zur Asylgewährung.

Nachdem es aber realitätsfremd wäre zu glauben, diese Missstände in kurzer Zeit abstellen zu können, werden wir weiterhin mit der Asylproblematik konfrontiert werden.

Asyl sollte, wie bisher auch, nicht zu einem Daueraufenthalt werden. Jedoch ist die bisherige Praxis, den Asylanten die Aufenthaltsdauer möglichst unangenehm zu machen, der falsche Weg.

Vielmehr sollten wir die Aufenthaltszeit des Asylanten nutzen, diesen aus- und weiterzubilden. Denn – zumindest auf längere Sicht gesehen – ist das die billigste und effektivste Form der Entwicklungshilfe.

2

Für eine Zuwanderung von Drittstaatlern (außerhalb der EU), auch in Form einer Green-Card, gibt es weder z.Zt. Veranlassung, noch nach der Einführung des Bürgergeldes.

Die Forderungen der Industrie nach Einführung einer Green-Card sind einzig und alleine darin begründet, billigere und leicht zu handhabende akademisch gebildete Werkzeuge zu erlangen.

Zum Anderen ist es weltpolitisch kontraproduktiv, Entwicklungsstaaten wie Indien oder Pakistan gerade die Bürger abzuwerben, die den Aufschwung und den Weg zur Demokratie tragen.

Die Zuwanderung aus EU-Staaten läßt sich insoweit begrenzen, daß das Bürgergeld an diese Zuwanderer erst nach einem längeren Daueraufenthalt in der Bundesrepublik bezahlt wird. Es sei denn, das Herkunftsland zahlt auch Bürgergeld.

Im übrigen bleibt anzumerken, daß die Einführung des Bürgergeldes das einzige bisher bekannte Konzept ist, das den sozialen Frieden auch längerfristig sichert.

Justizpolitik

Die von der PsgD geforderten Umdenkprozesse müssen auch ihre Fortsetzung im Rechtsgefüge finden. Neben diesen Änderungen muß auch das allgemeine Rechts- bzw. Unrechtsempfinden sich konsequent in den Gesetzen niederschlagen. Das führt zu einem Rückgang der Prozessflut und zu kürzeren Prozessdauern.

Unabhängig davon ist es zwingend notwendig, die Prozessdauer in allen Bereichen des Rechtes und der Instanzen drastisch zu senken. Schon alleine diese Beschleunigung würde zu mehr Gerechtigkeit und Rechtssicherheit führen.

• BTMG und Beschaffungskriminalität

Schon seit den allerersten Menschheitszeiten (und auch im Tierreich) versetzen sie sich mit unterschiedlichsten Mitteln in Rauschzustände.

Die Mittelskala reicht dabei von Tanz bis zur Trance, vergorenen oder giftigen Pflanzen bis hin zu heute verfügbaren synthetischen Drogen.

Alle Versuche, Rauschmittel wirksam zu verbieten, sind kläglich gescheitert. Noch nie waren Rauschmittel in einer so breiten Angebotspalette in so großer Menge zu jeder beliebigen Zeit für nahezu jeden frei zugänglich, verfügbar. Und das, obwohl der Staat Abermillionen Euro in die Drogenfahndung investiert und der Drogenhandel unter drastische Strafe (in machen Ländern bis hin zur Todesstrafe) gestellt ist.

Betrachtet man die Entwicklung des Drogenkonsums, der Drogen und der geographischen Regionen, so kommt man zu folgendem Schluß:

Jede geographische Region hatte seit Urzeiten ihre spezielle Droge, so z.B. in Mitteleuropa Alkohol, in Amerika Kokain, Myristicin, Mescaline, im Orient Opium. Der Genuß dieser Regionaldrogen über viele Tausende von Jahren hinweg hat keinen ernsthaften gesellschaftlichen Schaden hinterlassen. Anderenfalls wären diese Völker nicht überlebensfähig gewesen. Erst der Transfer der Drogen von einer Region in eine Fremde, brachte Probleme. Es fehlt an dem über lange Perioden erlernten Umgang der Gesellschaft mit der Traditionsdroge. Vor einem ähnlichen Problem steht die Gesellschaft mit neueren Drogen, deren Abhängigkeitspotential zum Teil untragbar hoch ist. So wurde aus Wein Schnaps, aus Opium Heroin, aus Koka-Blättern wurde Kokain. Bei neuesten Drogen wie z.B. LSD oder Extacy finden sich in keiner Gesellschaft traditionell erlernte Erfahrungen im Umgang damit.

2

Ein weiteres, schwerwiegendes Problem der globalisierten Drogenwelt bereitet die Beschaffungskriminalität. Zumal der in der Illegalität lebende Drogen-Dealer immer versuchen wird, seine Kunden durch Verschnitt weicher Drogen oder durch Überredung zum Konsum von Drogen mit hohem Abhängigkeitspotential zu bewegen, um seinen Ertrag und Absatz zu sichern. Der Suchtkranke wird sich dann die notwendigen Finanzmittel zur Befriedigung seiner Sucht so oder so beschaffen. Eine Vielzahl von Verbrechen sind auf Beschaffungskriminalität zurückzuführen. Angefangen beim Taschendiebstahl, über die illegale Prostitution bis hin zum Raubmord.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch die Tat selbst, als auch durch die notwendige Polizeiarbeit und den anschließenden Strafvollzug, ist gigantisch und nicht länger tragbar.

Wie die Erfahrung zeigt, sind die bisherigen Maßnahmen weitestgehend erfolglos, jedoch würde eine Freigabe aller Drogen weder ethisch noch volkswirtschaftlich vertretbar sein.

Ein 3-stufiges Modell könnte einen Ausweg aus dem Dilemma bieten:

1. Den Umgang mit Drogen vernünftig schulen und gleichzeitig Wege zur Erlangung einer stabilen Persönlichkeit aufzeigen
2. Einige weiche Drogen bedingt über konzessionierte Händler freigeben. So würde sichergestellt, daß die Drogen wenigstens nicht gepanscht wären.

3. Wer dennoch von harten Drogen (z.B. Heroin) abhängig wird, sollte die Droge kostenlos oder sehr günstig zum sofortigen Gebrauch bei speziellen Stellen (Fixerstuben) erhalten.

Die Vorteile dieses Modells liegen auf der Hand:

Wegfall der Beschaffungskriminalität, Senkung der Krankheitskosten durch Wegfall der Übertragung von Aids, Hepatitis C etc., drastische Senkung der Nachfrage nach der Droge auf dem Schwarzmarkt, was zum Zusammenbruch der Drogenkartelle führen würde und somit kein Angebot auf dem Schwarzmarkt mehr vorhanden wäre. Denn der Süchtige ist als Kunde dem Dealer verloren.

Ein weiterer Vorteil der Fixerstuben besteht darin, daß der Kontakt zum Suchtkranken nicht abreißen kann und so auf diesen hinsichtlich einer Therapie eingewirkt werden kann.

- **Strafgesetze und Vollzug**

In unserem Strafrecht liegt einiges im Argen. So werden aus nicht nachvollziehbaren Gründen Straftaten gegen Leib und Leben im Vergleich zu Eigentumsdelikten viel zu gering geahndet; echte Unfälle mit Körperverletzung im Vergleich zu vorsätzlicher Körperverletzung werden zu hart bestraft und bei Eigentumsdelikten wird viel zu wenig auf die Beutehöhe abgestellt.

Im übrigen wird bei der Strafzumessung viel zu wenig Rücksicht auf die Vermögenslage des Täters genommen. Bestraft man einen Sozialhilfeempfänger mit € 1.000,—, so trifft es diesen wesentlich härter, als es einen halbwegs Gutverdienenden bei einer Strafe von € 10.000,— trifft. Denn der Hilfeempfänger hat nichts, von dem er was zurücklegen oder abzwacken könnte, der Angestellte kauft sich halt sein neues Auto zwei Jahre später oder opfert einen Teil seines Sparbuchs.

Besonders anzuprangern ist die gängige Praxis, prominente Straftäter gar nicht (Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl) oder relativ milde mit Strafbefehl abzuurteilen, am einfachen Bürger aber regelmäßig Exempel zu statuieren.

2

Gerade bei vermögenden oder besser verdienenden Straftätern wäre zusätzlich zu einer Geldstrafe das Mittel Dauerarrest für ein oder mehrere Urlaubsperioden ein angemessenes Mittel. Das würde den Täter treffen, ohne ihm wirklich zu schaden.

Im übrigen sollte der Strafvollzug nicht nur als Sühne oder Strafanspruch des Staates gesehen werden, sondern vielmehr als Möglichkeit aufgefasst werden, die sozialen Mankos der Straftäter durch intensive Schulung und Betreuung auszugleichen.

Schon heute ist erwiesen, daß sich diese erhöhten Kosten volkswirtschaftlich lohnen, denn die Rückfallquote würde wesentlich sinken.

- **Verwaltungsrecht**

Das gesamte Verwaltungsrecht muß entrümpelt und durchsichtiger werden.

Verwaltungsgerichte sind Gerichte, die es eigentlich nicht geben dürfte, denn der Staat und die Verwaltung haben sich gefälligst an die eigenen Vorschriften peinlich genau zu halten, denn die Staatsgewalt hat Vorbildfunktion.

Im übrigen muß im Verwaltungsrecht endlich ein modernes Staatsverständnis des mündigen Bürgers – weg vom Untertanen – und das allgemeine Rechtsgefühl umgesetzt werden.

Das gilt besonders auch für die Polizeiaufgaben–Gesetze.

- **Zivilrecht**

In Zeiten der immer weiter auseinander driftenden wirtschaftlichen Macht von Unternehmungen und Bürgern ist das Zivilrecht gefordert, für ausgeglichene Verträge Sorge zu tragen.

Allzu oft können sich Banken, Immobilien–Haie und Konzerne durch schlitzohrige Verträge gegen jegliches Rechtsgefühl durchsetzen.

Unsichere Arbeitsplätze und allzu geringe Einkommen breiter Gesellschaftsschichten machen ein Umdenken im Schuldrecht notwendig.

Die bisherige Praxis, überfällige Forderungen auf Kosten der Schuldner an Anwälte und Inkassobüros zum Einzug zu übertragen, benachteiligt den Schuldner unangemessen und ist vielfach daran schuld, wenn aus einer finanziellen Krise der absolute Ruin des Schuldners wird.

Unternehmen haben die Möglichkeit, ihre Leistungen gegen Barzahlung abzuwickeln. Wenn sie gegen Kredit liefern, so machen sie das, um ihren Absatz und Gewinn zu steigern, nicht um dem Kunden einen Gefallen zu tun. Unter diesem Hintergrund, dann diese oft unverschuldet in Not geratene, durch überzogene Zinsen und Kosten gänzlich zu ruinieren, ist mehr als zu mißbilligen.

Zumindest muß dem Schuldner die Möglichkeit gegeben werden, sich dieser Inkassolasten zu entziehen, in dem er die Forderung anerkennt und seine Zahlungsunfähigkeit bekundet.

Kulturpolitik

Einige Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollten nicht kommerzialisiert werden, da anderenfalls die notwendige Entwicklungsvielfalt verloren gehen würde. Zu diesen Bereichen zählt z.B. auch die Philosophie, die an den Universitäten besser aufgehoben ist, auch wenn starke Wechselwirkungen mit der Kultur festzustellen sind.

2

Die Fragestellung lautet nicht, ob Kultur zu subventionieren ist, die Frage lautet, wie und in welchem Maß.

• Bildende Künste

Aufgabe des Staates sollte sein, Werkstätten, Ateliers und Galerien zu unterhalten, um Künstlern gleichermaßen die Ausübung und Präsentation der Werke zu ermöglichen.

Nachdem eine objektive Beurteilung von Kunst schlichtweg unmöglich ist, sollte der Staat äußerst zurückhaltend sein, öffentliche Gebäude mit Kunstwerken auszustatten, bei denen ein hoher Preis auf Grund des Namens des Künstlers bzw. eines immateriellen Wertes gerechtfertigt wird.

Vielmehr sollten öffentliche Gebäude als kostengünstige Plattform zur Präsentation (noch) nicht etablierter Künstler genutzt werden.

Wirtschaftliche Erfolge muß auch der Künstler im freien Markt suchen.

• Medien

Prinzipiell ist eine möglichst breite Medienlandschaft wünschenswert. Jedoch ist zunehmend die Tendenz der Gleichschaltung der unterschiedlichen Medien feststellbar.

So sind die Unterschiede der Programme der Privat-TV-Sender nur noch marginaler Natur und die öffentlich-rechtlichen Sender gleichen sich mehr und mehr den Privaten an.

ARD und ZDF werden bekanntermaßen durch Zwangsgebühren (GEZ) finanziert. Diese Finanzierungsform soll eine unabhängige Programmgestaltung, und zwar unabhängig von Regierung, Werbeeinnahmen und bedingt auch von Einschaltquoten, sichern. Sie haben einen Kultur- und Bildungsauftrag.

Doch diesen Aufgaben kommen die öffentlich-rechtlichen nicht in ausreichendem Maß nach. Anstelle Alternativen zu den billigen Reality- und Talkshows der Privaten anzubieten und Marktnischen abzarbeiten, werden Millionen Euro für Sportübertragungsrechte ausgegeben.

Dieses Informationsangebot sollten die öffentlich-rechtlichen doch den Privatsendern überlassen. Nicht nur, daß diese Gelder bei einer dem Auftrag entsprechenden Programmgestaltung fehlen, es leidet auch das Angebot darunter.

Im Bereich der Print-Medien ist der Gleichschaltungsprozess interessanterweise nicht in dem Maß zu beobachten.

Leider versucht der Staat nun auch Kontrolle über das Internet zu erlangen. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Kinderpornographie) ist es im Interesse einer sozial orientierten Gesellschaft kontraproduktiv, sämtliche Freiräume zu nehmen.

Zu überdenken ist auch die Darstellung von Gewalt in Action-Filmen und Video-Spielen. Der Freiraum, den der Gesetzgeber Mord- und Totschlagszenen läßt, steht in keinem Verhältnis zu dem, was im Erotiksektor zulässig ist.

• Musik

Prinzipiell treffen die Aussagen zum Thema Bildende Künste auch auf den Bereich Musik zu.

Besonders in den Segmenten Klassik, Oper und Operette werden, subventioniert durch öffentliche Mittel, Gagen und Ausstattungskosten übernommen, die in keinem Verhältnis zu den Einnahmen durch Eintrittsgelder stehen.

2

Besonders unseren Jugendlichen fehlen Musiker mit Vorbildfunktion. Daß bei den großen Platten-Labels gewachsene Stars mit entsprechend gesundem Selbstbewußtsein nicht erwünscht sind, sollten die öffentlich-rechtlichen Sender kompensieren, indem diesen gewachsenen Künstlern und Bands im Unterhaltungsmusikbereich eine entsprechende Plattform geboten wird.

Dies wäre zumindest ein Weg, der Jugend Werte wie Konstanz und Durchhaltevermögen zu vermitteln.

- Theater

Auch wenn das Vorstehende für die Theater zutrifft, so verursachen die zum Theaterbetrieb notwendigen Schauspielhäuser gewaltige Kosten.

Diese Kosten alleine durch Subventionen zu tragen, macht keinen Sinn.

So sollten Überlegungen stattfinden, wie die dort vorhandene Veranstaltungstechnik kommerziell genutzt werden kann, ohne den Theaterbetrieb dabei abzuwürgen.

Sozialpolitik

Das von Bismarck eingeführte Sozialsystem hatte sich doch über viele Jahrzehnte bewährt; jetzt steht es vor dem finanziellen Kollaps.

Anstatt die Frage zu klären, warum das System vor dem Aus steht, haben die Regierungen durch fiskalische Maßnahmen wie Beitragserhöhungen, Leistungstreichung und Deckelungen erfolglos versucht, den Zusammenbruch zu verhindern.

Dabei wurde lediglich nicht beachtet, daß die Bemessungsgrundlage, das Arbeitseinkommen, nicht zukunftsorientiert war.

Bismarck hat das Arbeitseinkommen als Bemessungsgrundlage nehmen können, denn es stand damals in einem festen Zusammenhang zur Produktion – ohne Arbeit kein Produkt.

Das Arbeitseinkommen spiegelte somit exakt die Produktivität. In Wirklichkeit hat Bismarck also die Produktivität zur Finanzierung des Sozialsystems herangezogen.

Stellen wir die Bemessungsgrundlage, weg vom Arbeitseinkommen, auf die Produktivität um, wird das System auch in der Zukunft funktionieren.

Jedoch fehlen dann individuelle Beitragszahlungen, so daß auch Auszahlungen nicht individuell, sondern

pauschalisiert erfolgen müssen.

Ein weiterer Vorteil einer produktivitätsabhängigen Finanzierung der Sozialsysteme besteht darin, daß auf diesem Weg auch die in Niedriglohnländern produzierten Waren und Dienstleistungen, die nach Deutschland importiert werden, zum Beitrag zur Sozialversicherung herangezogen werden.

Weiterhin wird so sichergestellt, daß auch Wertschöpfungen aus Kapitalvermögen, Provisionen, Spekulationen und Immobilien etc. zur Finanzierung des sozialen Netzes ihren Beitrag leisten.

2

– Arbeitslosigkeit

Sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft wird der Begriff arbeitslos sehr oft mit erwerbslos verwechselt.

Ein Privatier, der ausschließlich vom Erbe seiner Eltern auf großem Fuß lebt, also nichts arbeitet, spricht arbeitslos ist, würde weder von der Gesellschaft noch von der Politik als Arbeitsloser bezeichnet werden.

Ganz im Gegensatz zu einem ausschließlich ehrenamtlich engagierten Bürger, der sich voll und ganz seiner Vereins- oder Sozialarbeit widmet. Dieser Bürger wird als Arbeitsloser, manchmal sogar als Sozialschmarotzer bezeichnet, obwohl er eigentlich nur erwerbslos ist. Denn er arbeitet halt nur ohne Lohn, ohne Erwerb.

Und ohne die erwerbslos Arbeitenden würden viele Bereiche des öffentlichen Lebens zusammenbrechen: THW, Feuerwehren, Rettungsdienste, Parteien, Vereine.

Ohne Privatiers hätte nur der Party-Service ein paar weniger Aufträge.....

Der Faktor Arbeit verliert durch den immer weiter steigenden Automatisierungsgrad zunehmend an Gewicht. An Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinn ist nicht mehr zu denken.

Instrumente wie Ich-AG oder Niedriglohn-Jobs erweisen sich als Flop.

Zumal es ethisch-moralisch nicht vertretbar ist, Arbeitslosengeldempfänger in eine selbständige Tätigkeit (die Ich-AG) zu drängen, für die ein Markt fehlt oder zu einer Erwerbstätigkeit zu zwingen, die wegen des niedrigen Lohnes kein vernünftiges Auskommen ermöglicht.

Ebensowenig ist es vertretbar, Empfängern von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erst jegliches Vermögen aufbrauchen zu lassen, bevor die Hilfe gewährt wird; zumindest, wenn die Hilfsbedürftigkeit nicht selbstverschuldet worden ist.

Arbeitslosengeldempfänger dürfen nicht zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden.

- **Gesundheit/Krankenversicherung**

Die Krankenversicherung kommt prinzipiell in folgenden Fällen zum Tragen:

1. Erkrankungen, die in der persönlich-biologischen Veranlagung begründet sind
2. Erkrankungen aufgrund von Genußmitteln und Umweltgiften
3. Unfälle ohne Beteiligung von Hilfsmitteln wie Leitern, Maschinen, Sportgeräten, Fahrzeugen
4. Unfälle mit Beteiligung von Hilfsmitteln
5. Vorsorge

– **Finanzierung der Krankenversicherung**

Unter Zugrundelegung einer solidarischen und dem Verursacherprinzip folgenden Finanzierung der Krankenversicherung (KV) ergibt sich eine solidarische Finanzierung bei 1 (persönliche Veranlagung), 3 (Unfälle ohne Hilfsmittel) und 5 (Vorsorge); eine dem Verursacherprinzip folgende Finanzierung bei 2 (Genußmittel) und 4 (Unfälle mit Hilfsmitteln).

2

Der solidarische Finanzierungsanteil wird über einen KV-Anteil aus allgemeinen Steuern finanziert.

Der dem Verursacherprinzip folgende Anteil wird durch einen MwSt-Steuer-KV-Aufschlag auf die einzelnen Produkte finanziert.

Z.B. werden die Kosten der Krankenkasse, die durch (Zigaretten-)Rauchen verursacht werden, erfaßt und auf die einzelne Schachtel Zigaretten umgelegt.

Diese Gesundheitsabgabe wird in vernünftigen Zeitabständen (z.B. alle 2 Jahre) neu berechnet und festgesetzt bzw. umgelegt.

In dieses Finanzierungssystem ist sinnvollerweise auch die Pflegeversicherung zu integrieren.

– Pflegeversicherung

Die bisherige Trennung der KV und Pflegeversicherung macht keinen Sinn und führt zu Kostenabwälzungen zwischen den einzelnen Versicherungen, die für die Versicherten und Kassen nur von Nachteil sind.

– Leistungen der Krankenversicherung

Die Leistung der Krankenversicherung muß sich an dem medizinisch Machbaren orientieren.

Keinesfalls darf fehlendes Einkommen auch noch Lücken bei der medizinischen Versorgung nach sich ziehen. Das gilt auch für die zahnmedizinische Versorgung. Die Möglichkeit der Nahrungsaufnahme vom Einkommen abhängig zu machen, ist mehr als menschenverachtend und entspricht einer modernen Form der Sklaverei!

– Einsparungen im Gesundheitswesen

Das gesamte Abrechnungs- und Arzneiverordnungssystem muß neu überdacht werden.

Einerseits muß die ärztliche Versorgung vollumfänglich erhalten bzw. wiederhergestellt werden, andererseits muß das System effizienter gestaltet werden.

Es müssen Systeme geschaffen werden, die unnötige Verordnungen ausschließen, ohne notwendige Maßnahmen zu verbieten. Abrechnungsbetrug muß wegen der besonderen Vertrauensstellung der Mediziner

und Apotheker gnadenlos geahndet werden.

Dem hemmungslosen Gewinnstreben der Pharma-Industrie muß Einhalt geboten werden, eventuell durch Aufbau einer in Staatsbesitz befindlichen Konkurrenz.

Fehl- oder Falschbehandlung der Ärzte sollte diesen durch die Kasse in Abzug gebracht werden. Von den Krankenhäusern ist endlich ein effizientes Verwaltungs- und modernes Dokumentationsverfahren einzuführen. Das von uns bei den Behörden geforderte Einkaufsmanagement ist auch auf Krankenhäuser umzusetzen.

Vor- und Nachsorge ist überall da zu fördern, wo eine Kosten- und/oder eine Krankenstandssenkung zu erwarten ist. Dabei ist insbesondere eine ganzheitliche Betrachtungsweise anzuwenden, denn auch fehlende Lebensqualität macht krank.

2

Eine weitere Möglichkeit zur Kostensenkung besteht bei der Krankenkasse durch Auswertung der Abrechnungen der Ärzte bei gleich gelagerten Krankheitsbildern. Ineffizient arbeitende Ärzte sollten dann durch geeignete Maßnahmen (Schulungen, Abrechnungskürzungen etc.) zum Erreichen des Status Quo bewegt werden.

– Renten

Die demographische Entwicklung läßt eine auf der Lohnsumme basierende Rente nach dem Generationenvertrag nicht länger zu.

Die Einführung einer Grundrente scheint der einzige Ausweg zu sein. Ungeklärt bleibt jedoch, wie der Übergang zur Grundrente finanziert werden soll.

Durch die Einführung eines Bürgergeldes fällt die Rentenproblematik weg, denn das Bürgergeld ist dann gleichsam Grundrente.

Die Auslaufphase der Rente nach Generationenvertrag könnte u.a. durch eine zeitlich befristete Erbschaftssteuer, eine Luxussteuer und durch Anrechnung des Bürgergeldes auf die Rente finanziert werden.

- Sozialhilfe

Mit der Einführung eines Bürgergeldes entfällt auch die Sozialhilfe, nur in einigen Sonderfällen, z.B. plötzliche Obdachlosigkeit, Übergangswohnungen für entlassene Strafgefangene, wäre noch Sozialhilfe notwendig.

Tier- und Umweltschutz

Die PsgD verurteilt jegliche Art von Umweltzerstörung, die über das absolut notwendige Maß hinausgeht, um ein modernes, mobiles Leben zu ermöglichen.

Wir treten nachhaltig für eine artgerechte Tierhaltung ein; dazu zählt auch, Tierversuche auf das absolut notwendige Mindestmaß zu begrenzen.

Wir haben die unabdingbare Verpflichtung, unsere Erde so zu erhalten, daß dieser unser Lebensraum auch in zigtausend Jahren noch mit Freude bewohnt werden kann.

Auch wenn Atomkraftwerke europäischen Standards ein durchaus akzeptables Sicherheitsrisiko darstellen sollten, so sprechen doch mindestens 3 Gründe für einen Ausstieg:

1. Das zum Betrieb notwendige Uran steht nur in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung.
2. Atomkraftwerke verursachen eine derart große Abwärme, daß der Betrieb zu Klimaveränderungen führt.
3. Die Entsorgung der auf Tausende von Jahren stark strahlenden Abfälle ist, auch nicht im Ansatz, geklärt.

Die Einlagerung in Bergwerks-Stollen mag für die nächsten Jahrzehnte als sicher gelten, jedoch getraut sich kein ernst zu nehmender Wissenschaftler eine Prognose für nur 500 oder 1000 Jahre abzugeben.

Notwendig wären aber Prognosen für über etliche 10.000 Jahre. Nicht auszudenken, was passiert, wenn diese Abfälle in das Grundwasser gelangen sollten. Und sei es erst in einigen tausend Jahren.

Die dauerhafte und sichere Entsorgung der bisher schon zwischengelagerten Abfälle wird noch eine große Herausforderung für die Menschheit werden.

– Energiegewinnung und Einsparung

Wie bei allen politischen Maßnahmen, ist auch beim Umweltschutz die Auswirkung jeder Maßnahme auf das Ganze zu bedenken. Dieses ganzheitliche Denken, das auch Langzeitauswirkungen berücksichtigt, fehlt bei fast allen in den letzten Jahren getroffenen politischen Entscheidungen und Konzepten.

Es ist das Anliegen der PsgD, dem entgegenzuwirken.

Gerade bei der Energiegewinnung ist dieser Denkansatz unabdingbar, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Als Beispiel soll hier die Photovoltaik dienen:

Unter Berücksichtigung aller Faktoren erzeugt eine Solarzelle, über die gesamte Lebensdauer gerechnet, in unserer geographischen Lage nur mal gerade soviel Energie, wie zur Herstellung der Anlage benötigt wird. Und obendrein fallen bei der Herstellung der Anlage jede Menge umweltschädlicher Abfälle und Emissionen an. Trotzdem wird diese Technologie mit Millionen subventioniert.

Ähnlicher Unfug wird mit der Subvention von Windrädern betrieben.

Sicher haben beide Technologien ihre Berechtigung, aber nicht zum Ersatz atomarer oder konventioneller Kraftwerke.

Der Schlüssel zur zukunftssträchtigen Energiegewinnung ist ein Mix aus thermischen Solaranlagen und Geothermie. Beide Energiequellen stehen praktisch unbegrenzt zur Verfügung, schädigen nicht die Umwelt, sind kostenlos und sind überall vorhanden.

Geothermie? Geothermie ist das Ausnützen der natürlichen Wärme im Erdinneren. Dazu werden zwei Bohrlöcher ca. 4 km tief in den Boden gebohrt, in das eine wird Wasser hinein gepresst, das dann unter starkem Druck mit 200°C – 300°C erwärmt durch das zweite Bohrloch emporsteigt und eine Turbine zur Stromerzeugung antreibt.

2

Anschließend kann (muß aber nicht, im Gegensatz zum AKW) das Wasser für Fernheizzwecke weiter gekühlt werden und wird dann wieder in das erste Bohrloch gepumpt.

Außerdem stellt dieses Verfahren auch so genannte Prozesswärme z.B. für die chemische Industrie zur Verfügung.

Da die Erdwärme praktisch unbegrenzt und kostenlos zur Verfügung steht, ist die großtechnische Herstellung von Wasserstoff relativ unproblematisch. Dieser Wasserstoff ersetzt dann die bisherigen Energieträger Öl, Benzin, Erdgas und Kohle, ohne dabei schädliche Abgase zu erzeugen. In Verbindung mit einem Abgaskatalysator kommt lediglich Wasserdampf aus dem Schornstein oder Auspuff.

Bedenkt man, daß die Erdölreserven nur noch (je nach Entwicklung von China) 30 –50 Jahre halten, ist es zur Einführung neuer, umweltgerechter Energiegewinnungen allerhöchste Zeit.

Wirtschaftlich würde sich die Entwicklung der Geothermie sehr schnell als Exportschlager erweisen und somit einen weiteren Pluspunkt bringen.

Außenpolitisch bürgt die Unabhängigkeit vom Erdöl Vor- und Nachteile: Wir werden autark, den OPEC–Staaten bricht jedoch die Haupteinnahmequelle weg.

Im Interesse des Weltfriedens dürfen wir dann die OPEC–Staaten nicht im Regen stehen lassen, sondern müssen diesen existenzbedrohenden Einnahmeverlust durch geeignete Mittel abfedern.

Auch wenn durch die Einführung neuer Energiegewinnungstechnologien das Energiesparen etwas in den Hintergrund treten darf, ist sparsamer Umgang mit Energie schon aus Abwärmegesichtspunkten notwendig.

Die schon heute eingeschlagenen Wege müssen konsequent fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Dazu zählen z.B. die weitere Verbreitung thermischer Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung, Gebäudeisolierungen und vernünftige architektonische Lösungen bei Neubauten, die Entwicklung energiesparender Verkehrslösungen.

Viele heutige Konzepte lassen den ganzheitlichen Gedanken fehlen. Ein Beispiel gibt die Wertstoffsammlung:

In vielen Gemeinden müssen die Bürger ihre Plastikabfälle selber zur Sammelstelle bringen. Da dies meist mit dem PKW geschieht, wird der Rohstoff- und Energieeinsparungseffekt stark gemindert oder sogar umgekehrt.

Alle umweltrelevanten Aktionen sind unter dem Gesichtspunkt der Ganzheitlichkeit zu überprüfen und müssen ggf. korrigiert werden.

– Gentechnik

Bei kaum einem Gebiet liegen Fluch und Segen so eng beieinander wie bei der Gentechnik.

Die positiven Chancen, die die Gentechnik gerade oder auch in der Medizin bietet, dürfen keinesfalls ungenutzt bleiben. Die immensen Risiken, die durch Genmanipulation bestehen, müssen auf alle Fälle ausgeschaltet werden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß jede Genmanipulation ein Spiel mit Gott bedeutet.

Und wer Gott spielt, darf keine finanziellen Interessen haben, denn Geld verdirbt den Charakter....

Daher tritt die PsgD dafür ein, keine Patente auf Pflanzen und Tiere, Samen und Eizellen und anderes biologisches Leben zuzulassen.

2

Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind ohne Ausnahme zu kennzeichnen und der Freilandanbau dieser veränderten Pflanzen ist zu vermeiden bzw. weitestgehend einzuschränken, denn eine Notwendigkeit ist nicht gegeben.

Im Bereich der embryonalen Stammzellenforschung sind allerhöchste ethische Anforderungen zu stellen, ein Schlingerkurs ist gerade hier absolut unangebracht.

Die jetzige Regelung, wonach die Entnahme von Stammzellen verboten ist, aber an – aus dem Ausland importierten – Stammzellen geforscht werden darf, ist ethisch-moralisch in höchstem Maß verwerflich.

Entweder kommt man zu dem Schluß, es ist ethisch nicht vertretbar, an Stammzellen zu forschen, dann wird eben nicht geforscht.

Oder man kommt zu dem Schluß, daß diese Forschung ethisch–moralisch vertretbar ist, dann muß auch die Entnahme vertretbar sein.

Der jetzige Standpunkt, jemand anderer hat die ethisch–moralisch verwerfliche Entnahme durchgeführt und jetzt haben wir die Stammzellen nun mal da, also können wir auch forschen, stellt eine höchst verwerfliche Form von Doppelmoral dar.

Leider basieren viele unserer Gesetze und Verordnungen auf Doppelmoral, was schon schlimm genug ist.

Wenn sich der Mensch aber an die Schöpfung heran wagt, dann muß wenigstens der gesetzliche Rahmen ethisch–moralisch sauber definiert und geradlinig sein.

– Gewässerschutz

Prinzipiell ist die Politik beim Gewässerschutz auf dem richtigen Weg.

Leider hat es erst etlicher Katastrophen bedurft, um alte grüne Erkenntnisse umzusetzen.

Weniger Flächenversiegelungen, weniger Flußbegradigungen, weniger Pestizide, weniger Abwärme....., das ist der richtige Weg!

– Luftverschmutzung

Durch den von der PsgD geforderten Ausstieg aus dem Erdöl als Energieträger hin zu Geothermie und Wasserstoff ist die Luftverschmutzung kein Thema mehr.

Global betrachtet müssen die restlichen Staaten mitziehen, wollen sie nicht aufgrund der extrem niedrigen Energiekosten, die diese Technologien bieten, in Bedeutungslosigkeit verfallen.

Einmal mehr zeigt dieses Thema, wie sinnvoll und effizient das Denkmodell der Orientierung an Rahmenbedingungen ist.

2

– Müll/Abfallwirtschaft

Grundsätzlich ist der Gedanke der Müllvermeidung und des Recycling richtig. Nur wurde der Weg dazu falsch gewählt. Dosenpfand und Grüner Punkt produzieren immense Kosten für die Bürger und bescheren einigen konzessionierten Unternehmungen horrende Gewinne.

Ausgehend von dem ganzheitlich–rahmenorientierten Denkansatz und der Erkenntnis, daß Müll umweltschädlich ist, stellt sich die Frage, was ist Müll?

Müll ist all das, was auf Deponien oder Verbrennungsanlagen entsorgt wird. Und genau diese Mengen gilt es drastisch zu verringern.

Abfall wird immer dann zu Müll, wenn eine Aufbereitung aus Kostengesichtspunkten nicht lohnend erscheint.

In der großen Mehrzahl der Fälle ist das immer dann der Fall, wenn verschiedene Stoffe so miteinander verbunden sind, daß eine Trennung nicht oder nur aufwendig erfolgen kann.

Doch wie ist die Industrie dazu zu bewegen, auf den Einsatz schwer trennbarer Verbundstoffe zu verzichten, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit einzubüßen?

Einen Lösungsansatz könnte eine relativ hohe Besteuerung der Primärrohstoffe (z.B. Erdöl) und eine Negativsteuer auf Sekundärrohstoffe (z.B. Recycling-Kunststoff) bieten, wobei die Steuern dazu miteinander verrechnet werden.

Das hätte zur Folge, daß Abfall endlich den Status eines Sekundärrohstoffes bekäme und nicht als Müll vergeudet werden würde.

– Naturschutz

Politik und Wirtschaft müssen endlich ein Verständnis für ökologische Zusammenhänge entwickeln und danach handeln.

Natur und Umwelt sind die existenziellsten Güter, die wir auf dieser unserer Erde haben.

Wissenschaftlich sind die Zusammenhänge zwischen Micro- und Macrobereichen zumindest teilweise bekannt. Bekannt ist auch, daß es kein Unkraut und keine Schädlinge gibt; es gibt nur ein Ungleichgewicht der Natur. Und dieses Ungleichgewicht wird meistens durch kurzsichtige Eingriffe der Menschen erzeugt.

Diese Erkenntnisse durch die Schaffung sinnvoller Rahmenbedingungen in praktische Politik umzusetzen, macht sich die PsgD zur Aufgabe.

– Tierhaltung

Die Haltung von Tieren, ob aus gewerblichem Interesse oder privat, muß stets artgerecht erfolgen.

Käfig- oder Stallhaltung aus Gründen der Ertragssteigerung oder Kostensenkung kann nicht länger toleriert werden, denn Tiere sind Lebewesen mit Gefühlen und Ängsten.

Tiertransporte über längere Strecken sind nicht vertretbar, denn die Tiere werden dabei unnötigem Streß und Qualen ausgesetzt.

– Tierversuche

Tierversuche sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu begrenzen. Dabei ist insbesondere auf die Notwendigkeit der durch die Versuche gewonnenen Erkenntnisse abzustellen. So besteht z.B. keinerlei Notwendigkeit, kosmetische Produkte in Tierversuchen zu testen.

Kosmetische Produkte, deren Zusammensetzung so brisant sind, daß Tierversuche für deren Unbedenklichkeit oder Wirksamkeit benötigt werden, sind an sich schon unnötig.

Auch im Pharma- oder medizinischem Bereich kann auf Tierversuche weitestgehend verzichtet werden.

Zwar steigen dadurch eventuell die Entwicklungskosten, das ist aber keine Begründung, Lebewesen zu quälen.

– **Verkehrspolitik / Güterverkehr**

Leider bringt die EU und die zunehmende Globalisierung eine Zunahme des Güterverkehrs mit sich. Diesen Güterverkehr durch eine Erhöhung der Abgaben (z.B. LKW-Maut) zu beschränken, widerspricht dem Gedanken von Freihandelszonen und Globalisierung.

Aufgabe des Staates muß sein, durch vernünftige Rahmenbedingungen und Verbesserung der Infrastruktur den Güterverkehr umweltverträglich und kostengünstig zu ermöglichen.

So ist es nicht nachvollziehbar, warum nicht mehr Güterverkehr auf der Schiene abgewickelt wird.

Die Sachverhalte sind genau zu analysieren und es sind vernünftige Problemlösungen zu entwickeln.

Der bisher eingeschlagene Weg, unliebsame Entwicklungen künstlich zu verteuern, ist der falsche Weg. Richtig wäre, durch neue, innovative Lösungen Kostensenkungen bei umweltverträglichen Transportmitteln zu erreichen. Das führt dann auch zu umweltverträglichen Transporten.

– Individualverkehr

Solang keine wirklich praktikablen Konzepte zur Verringerung des Individualverkehrs entwickelt und umgesetzt sind, ist es nicht vertretbar, den Individualverkehr durch Schikanen wie. z.B. künstliche Parkraumverknappung oder Rote Wellen zu verringern.

Vielmehr sollten Bund, Länder und Gemeinden volkswirtschaftliche und Umweltschutzaspekte in den Vordergrund stellen.

– Öffentlicher Personenverkehr

Der öffentliche Personenverkehr ist bisher nicht attraktiv genug. Sowohl auf längeren Strecken als auch im Nahverkehr fehlt es im Vergleich zum Auto an Preis- und Zeitgewinnen.

Sinnvolle Überlegungen wie Sammeltaxis dürfen nicht länger blockiert werden.

Im übrigen gilt es, den ÖPV wettbewerbsfähiger zu machen und nicht die Bürger durch künstliche Hemmnisse zum Umsteigen zu zwingen.

2

Wirtschaftspolitik

• Arbeits(markt)politik

Die Industriestaaten müssen sich von dem Gedanken einer Vollbeschäftigung lösen. Aufgrund des immer weiter steigenden Automatisierungsgrades und dem Hineindrängen der bevölkerungsstarken Staaten in Asien, des ehemaligen Ostblockes und der 3. Welt in den Produktionsprozeß sind die Mengen von Wirtschaftsgütern, die zur Erreichung von Vollbeschäftigung produziert werden müßten, weder notwendig noch absetzbar.

Zur Sicherung des Friedens – sowohl des sozialen, als auch des zwischenstaatlichen – können wir es uns nicht leisten, die (deutsche) Bevölkerung in eine Zweiklassengesellschaft abgleiten zu lassen; die, die Arbeit haben und die Anderen, die unter der Brücke leben müssen.

Sicher macht es Sinn, in Zeiten der Vollbeschäftigung auf Sozialschmarotzer Druck auszuüben, damit diese angebotene Arbeit aufnehmen.

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit ist Druck jedoch das ungeeignetste Mittel, den sozialen Frieden aufrecht zu halten. Denn dieser Druck auf durchaus Arbeitswillige, für die jedoch keine Arbeit vorhanden ist, erzeugt Krankheiten, senkt die Leistungsfähigkeit, steigert die Kriminalitätsrate und führt nicht zuletzt in

Drogenabhängigkeit und Suizid.

Der einzig mögliche Ausweg aus dieser Situation besteht darin, Arbeitslose so mit finanziellen Mitteln auszustatten, daß ihnen eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht wird.

Unter sinnvoller Freizeitgestaltung ist in diesem Zusammenhang die freiwillige, ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen, sozialen Diensten, politischen Parteien, Kunst und Kultur – um nur einige zu nennen – zu verstehen.

Berufliche Fähigkeiten bleiben dadurch erhalten, der Anschluß an technische Entwicklungen wird gefördert, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des Vereinsarbeiters bleibt erhalten und das Selbstwertgefühl wird durch die sinnvolle, gemeinnützige Arbeit gesteigert.

Auch die gewerbliche Wirtschaft profitiert von dieser Lösung, denn dadurch könnte der Kündigungsschutz weitreichend gelockert werden, befristete oder sogar projektbezogene Einstellungen würden problemloser.

Ein ganz gravierender Pluspunkt für die Wirtschaft ist eine deutliche Steigerung der Binnennachfrage. Denn ein mittelloser Sozialhilfeempfänger hat zwar einen hohen Bedarf an Wirtschaftsgütern, jedoch keine Kaufkraft. Er fällt als Konsument praktisch aus.

Nun wäre es aber gegenüber den im wirtschaftlichen Arbeitsleben Stehenden im höchstem Maße unsozial, Arbeitslosen ihr Auskommen zu schenken, während der Arbeitnehmer seinen Lohn im Schweiß seines Angesichtes erarbeiten muß.

Die Lösung besteht in der Zahlung eines Bürgergeldes. Dieses Bürgergeld wird unabhängig von Alter, dem Einkommen oder der Arbeitsfähigkeit an jeden Bürger in gleicher Höhe ausgezahlt.

Die Höhe des Bürgergeldes muß so bemessen sein, daß eine bescheidene Lebensführung, die jedoch deutlich über der eines heutigen Sozialhilfeempfängers liegt, ermöglicht wird.

Als Bemessungsgrundlage für das Bürgergeld bietet sich ein fester Prozentsatz des Sozialproduktes an.

2

Das Bürgergeld ermöglicht zudem, Löhne abgabenfrei und Arbeitsverhältnisse meldungsfrei zu gestalten. Dadurch erfolgt neben einer gewaltigen Senkung der Lohnnebenkosten eine weitestgehende Integration der Schwarzarbeit in das Besteuerungssystem. Die Einkommensschere wird zumindest auf Seiten des Niedriglohnssektors bei gleichzeitiger Arbeitsmarktflexibilisierung etwas geschlossen und die vorhandene Arbeit gerechter verteilt.

Das wiederum führt zu einer Erhöhung der Binnennachfrage.

Die kostenintensive Verwaltung der Arbeitslosigkeit kann ebenso wegfallen wie die Lohnsteuerstellen bei den Finanzbehörden. Desweiteren können die Sozialämter nahezu vollständig geschlossen werden. Selbiges trifft auf Wohngeldstellen zu. Kindergeld und Bafög werden ebenfalls nicht mehr benötigt und die Rentenversicherungsanstalten können nach Abarbeitung der bestehenden Verpflichtungen geschlossen werden.

– Privatisierungen

Die Aufgabe des Staates besteht einzig und allein darin, Dienstleister für die Bürger zu sein. Dienstleistungen, die darin bestehen, für ein vernünftiges, sicheres, gewaltfreies und sozial ausgewogenes Zusammenleben seiner Bürger Sorge zu tragen.

Keinesfalls ist der Staat Selbstzweck, Wirtschaftsunternehmung oder Selbstbedienungsladen.

Aus dieser Definition ergibt sich, welche Wirtschafts- oder Verwaltungsbereiche in den Händen des Staates bleiben müssen und welche in private Hände gehören.

Dabei muß aber immer berücksichtigt werden, daß privatisierte Unternehmungen immer versuchen werden, gewinnorientiert zu arbeiten. Das gilt sowohl auf der Kostenseite als auch auf der Ertragsseite.

In allen Bereichen, die eine soziale Komponente benötigen, kann es durchaus sinnvoll sein, daß der Staat zur Wettbewerbsverschärfung und zur Preisregulierung Wirtschaftsunternehmungen betreibt, z.B. im Bankwesen, Pharmaunternehmungen, Telekommunikation, Energiebelieferung, Freizeiteinrichtungen, öffentlichem Personenverkehr, Straßenwesen und Bildung.

Letztendlich muß festgehalten werden, daß jeder Staatsbereich mit Treuhandgeldern (Steuern) wirtschaftet und daß diese Mittel effektiv und kostenbewußt eingesetzt werden.

– Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung ist auf Biegen und Brechen zurückzuführen. Es ist unseren Kindern und Kindeskindern nicht zuzumuten, ein derart negatives Erbe zu übernehmen, nur damit einige, wenige in Saus und Braus leben können.

Denkbar wäre z.B. eine Sondersteuer für Erträge von Banken und Spekulationen.

2

• Steuerverschwendung

Steuergelder stehen im Eigentum der Steuerzahler und sind der Verwaltung zur Förderung der Solidargemeinschaft treuhänderisch zur Verfügung gestellt.

Dem haben die mit der Verwaltung betrauten Staatsbediensteten Rechnung zu tragen.

Dazu zählt insbesondere ein ausgefeiltes Beschaffungsmanagement, vorausschauende Planung, ressortübergreifendes Denken und – nicht zuletzt – eine den kaufmännischen Grundsätzen entsprechende Buchhaltung-/Kostenrechnung.

Beanstandungen des Bundesrechnungshofes muß grundsätzlich ein Ermittlungsverfahren der

Staatsanwaltschaft folgen; weiterhin ist zu prüfen, ob zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden können. Die dazu notwendigen Gesetzesänderungen sind unverzüglich einzuleiten.

• Steuern und Abgaben

Eine der großen Fehlentwicklungen in unserem Steuersystem besteht in der Besteuerung der menschlichen Arbeit.

Arbeiten zu können und dürfen zählt zu den elementarsten Grundrechten der Menschen wie die Luft zum Atmen. Und diese Grundrechte zu besteuern ist menschenverachtend.

Zumal Arbeit keinen Beitrag zum Staatsgefüge leistet! Erst die Produktivität leistet den gesellschaftlich notwendigen Beitrag.

Einen beispielhaften Beleg dafür finden wir in der Landwirtschaft. Stellen wir uns einen Bauern vor, der ein halbes Jahr hart auf seinen Feldern gearbeitet hat und kurz vor der Ernte vernichtet ein Unwetter die Früchte seiner Arbeit.

Er hat viel gearbeitet, erzielt aber unverschuldet keine Produktion. Jedoch soll der Bauer für seine Landwirtschaftshelfer Sozialabgaben und Steuern zahlen?

Entdeckt derselbe Bauer jedoch auf seinem Acker rein zufällig eine Erdölquelle, so hat er ohne viel Arbeit eine riesige Produktivität und ein riesiges Einkommen, ohne dafür nennenswert Lohnsteuern oder Sozialabgaben zahlen zu müssen.

Diese beiden Beispiele zeigen die Widersinnigkeit der Besteuerung des Faktors Arbeit.

Nachdem aber Lohnsteuern und Sozialabgaben nicht ersatzlos gestrichen werden können, bietet sich eine Umlage auf die MwSt an. Lohn- bzw. Einkommensteuer sind progressiv angelegt, um ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich zu schaffen. Dieser soziale Ausgleich ist durch einen erhöhten MwSt-Satz auf Luxusgüter und durch eine Einbeziehung von Kapitalerträgen in das MwSt-System problemlos zu bewerkstelligen.

Sondersteuern, wie z.B. Tabak-, Branntwein- oder Biersteuer müssen überprüft und ggf. abgeschafft bzw. korrigiert werden.

Die Öko-Steuer mit ihren vielen Ausnahmen verzerrt die Wettbewerbssituation.

Wollen wir eine umweltverträgliche Politik machen, so müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Es kann nicht angehen, daß Flugbenzin anders besteuert wird als der Strom für die Bahn oder der Treibstoff für Autos und Busse. Einen Lösungsansatz würde eine gleichmäßige Besteuerung der Primärenergie auf nichterneuerbare Energieträger wie Erdöl bieten.

2

Im Übrigen sollten Steuern, Gebühren und Abgaben nach dem Verursacherprinzip ermittelt und erhoben werden.

Eine Vereinfachung der Verwaltung und eine dadurch erzielbare Kostensenkung ist unabdingbar.

– Subventionen

Der Einsatz von Subventionen ist im Regelfall der falsche Weg, um Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Wenn Fehlentwicklungen entstehen, sind die Rahmenbedingungen falsch. Nur wenn die Rahmenbedingungen nicht korrigierbar sind, ist der kurzfristige Einsatz von Subventionen vertretbar.

Dabei ist insbesondere zu beachten, daß Subventionen auch mehrfach indirekt sein können. So stellt das Wohngeld eine Subvention der Immobilienbranche dar, da anderenfalls die hohen Mieten nicht erzielbar wären.

Würde kein Wohngeld bezahlt werden, hätte das bei richtigen Rahmenbedingungen einen Leerstand teurerer Wohnungen zur Folge; die Mietpreise würden sinken.

Stimmen die Rahmenbedingungen nicht, z.B. weil die Erträge am Kapitalmarkt zu hoch liegen und dadurch die Vermietung von Wohnraum im Vergleich zu den Zinsen unlukrativ ist, kommt eine Zahlung von Wohngeld in Frage. Aber nur so lange, bis die Rahmenbedingungen, in dem Beispiel das Zinsniveau, korrigiert sind.

Absolut untragbar sind dauerhafte Subventionen in den Erhalt von Arbeitsplätzen wie z.B. beim Steinkohleabbau.

Es wäre weitaus billiger, die Kumpel bei vollem Lohn freizustellen, anstatt die Bergleute unter Einsatz ihrer Gesundheit Steinkohle auf Halde fördern zu lassen.

Differenzierter ist die Subvention in Form von Risikokapital-Bereitstellung zu betrachten. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob das zu subventionierende Unternehmen mit vertretbarem wirtschaftlichen Risiko die Entwicklung auch ohne staatliche Hilfe durchführen könnte. Dabei ist natürlich der Geamtkonzern, nicht die antragstellende Tochter, zu betrachten.

Völlig unverständlich ist, daß eine Bank mit angeschlossenem Elektrokonzern Jahr für Jahr staatliche Zuschüsse auch für kleinere Entwicklungen erhält, die nicht einmal zurückgezahlt werden müssen.

Im Bereich der Agrar-Subventionen gilt es ebenfalls, diese schon wegen der Überkapazitäten abzubauen.

Nachdem aber über viele Jahrzehnte der notwendige Anpassungsprozess zu Gunsten von Subventionen verpasst wurde, hat der Subventionsabbau langsam Zug um Zug mit Anpassung der Rahmenbedingungen zu erfolgen.

– Zölle

Handelshemmnisse sind kontraproduktiv – und Zölle sind Handelshemmnisse. Der administrative Aufwand ist besonders für mittelständische Betriebe immens.

Zollschranken sind, sofern möglich, zurückzuführen; der Verwaltungsaufwand größtmöglich zu senken.